

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 18 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 4,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,50 Mark, Reklamen 20,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 102.

Mittwoch, den 3. Mai 1919.

29. Jahrgang

Der 1. Mai in Genua.

Dr. L. Lübed, 3. Mai.

Die ganze vergangene Woche hatte ein Zwischenfall den anderen gejagt; kaum konnten die Delegierten einmal das Gefühl loswerden, auf einem Pulverfaß zu sitzen, das jeden Augenblick in die Luft fliegen konnte. Erst der Sonntag brachte eine gewisse Beruhigung. Eine Kommission nach der anderen hätte am Sonnabend ihre Arbeiten beendet; beruhigend legten sich einzelne befriedigende Teilergebnisse über die ganze Konferenz. Und näher rückt das Ende. Alle Delegationen bauen ab; das Hilfspersonal beginnt Genua zu verlassen, ebenso die Sachverständigen für die Kommissionen.

Gleich der erste Tag der neuen Woche, der 1. Mai, häufte neuen Konfliktstoff. Während das Genueser Proletariat seinen Festtag durch allgemeine Arbeitsruhe feierte, traten die Alliierten, die feindlichen Brüder aus der Entente, zu neuen Beratungen zusammen, um über die russische Frage zu einer Einigung zu kommen. Noch immer spukt der deutsch-russische Vertrag in den französischen Köpfen, noch immer phantastieren die französischen Nationalisten von militärischen Geheimabkommen zwischen Berlin und Moskau. Zu einem Ergebnis über die Ententepolitik Rußland gegenüber gelangten die Alliierten, insoweit auch nach mehrstündiger Vormittagsitzung nicht. Nachmittags trat man zu einer neuen Sitzung zusammen, und schließlich wurde nach langem Drängen Lloyd Georges auf der Grundlage der Canner Richtlinien eine Einigung herbeigeführt.

Die Bedingungen, die die Entente Rußland vor seiner Anerkennung stellen will, wurden in einem Memorandum niedergelegt, das aus 6 einzelnen Punkten besteht. Die wichtigsten davon sind folgende:

Art. 2. Entsprechend der Resolution von Cannes erkennt die Sowjetregierung alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen an, die von russischen Staat gegenüber ausländischen Mächten eingegangen oder garantiert worden sind, sowohl von der zaristischen wie von der provisorischen russischen Regierung. Die Gläubigermächte sind bereit, von Rußland zunächst weder die Rückzahlung des Kapitals noch der Summen zu verlangen, die den Russen während des Krieges vorgeschossen worden sind. Die Verbündeten erkennen die ihnen zugemutete Verantwortung für die in Rußland nach dem Kriege infolge der Revolution entstandenen Schäden nicht an. Bei einem Abkommen über die Liquidation der gegenwärtigen Kriegsschulden würden die verbündeten Regierungen ihren Parlamenten Maßnahmen unterbreiten, die eine Herabminderung oder Abänderung der Schuldsummen der Sowjetregierung bezwecken. Alle von der Sowjetregierung oder ihren Vorgängern gegenüber ausländischen Untertanen eingegangenen Verpflichtungen, für die keine auswärtige Regierung die Verantwortung übernimmt, werden auf der Grundlage des privaten Schuldrechts geregelt werden. Die Verantwortlichkeit der Sowjetregierung für die Kriegsschulden wird im Verhältnis zur Lage des Landes eingeschränkt werden.

Noch wichtiger und umstrittener ist der Artikel 6, der die Frage des privaten Eigentums regeln will.

Danach erkennt die Sowjetregierung ihre Verpflichtung zur Rückzahlung oder nötigenfalls zur Entschädigung aller ausländischen Interessen, für die Verluste oder die Schäden an, die durch die Konfiskation oder durch die Beschlagnahme entstanden sind. Wo das Prinzip der Rückzahlung nicht angewendet werden konnte und wo die früheren Besitzer dementsprechend nicht in ihre alten Rechte wieder eingesetzt werden konnten, wird die Sowjetregierung Kompensationen anbieten.

Auf die Kriegsschulden verzichteten die Alliierten unter der Voraussetzung, daß auch Rußland auf die Ansprüche die durch einen Denikin, Koltschak usw. verursacht wurden, verzichtet. Außerdem wird in dem Memorandum für Rußland die Rückgabe der in Moskau noch befindlichen rumänischen Golddepots gefordert. Am Dienstag vormittag soll eine Redaktionskommission den endgültigen Text formulieren, der dann nachmittags von den alliierten Mächten verabschiedet wird.

Im ganzen bedeutet auch dieses Memorandum ein Kompromiß zwischen der englischen und der französischen Auffassung. Lloyd George ist Barthou sehr weit ent-

gegengerommen; nur in einem Punkte blieb er unerbittlich. Es handelte sich um das von der russischen Regierung beschlossene Privateigentum ausländischer Besitzter. Belgien hatte die restlose Zurückgabe dieser ganzen Werte gefordert, während Lloyd George auf der Canner Formulierung: Zurückgabe oder Entschädigung bestand. Der Grund dieses Festbleibens der Engländer ist klar; die belgische Formulierung hätte Rußland Vorschriften über seine prinzipielle Staatsform gemacht, wäre also von Tschitschewin bestimmt abgelehnt worden. Barthou, der erst die belgische Forderung unterstützte, ließ sich deshalb von Lloyd George umstimmen; und nach langem Bemühen wurde der Text — nur noch gegen belgischen Einspruch — in seinen Grundzügen gutgeheißen.

Damit schlen alles in bester Ordnung. Am Vormittag des 2. Mai reiste Barthou dann nach Paris ab, um seine Regierung zu unterrichten, und wohl auch, um sein Nachgeben zu rechtfertigen. Wird er Gnade finden vor dem unerschütterlichen Poincaré? Wird er wieder nach Genua zurückkehren, um seine Politik zu gutem Ende zu führen? Oder wird er das Schicksal Branda teilen und in der Wolfschlucht nationalistischen Gelächers verfallen?

Man war in Genua noch im Ratzen über die Pariser Pläne, als der Einfluß Poincarés sich plötzlich bemerkbar machte. Der Vertreter Barthous, der französische Gesandte für Italien, weigerte sich, das genannte Memorandum zu unterzeichnen da es mit der Auffassung der französischen Regierung nicht vereinbar sei. Das war eine glatte Ohrfeige für Barthou und auch für die Politik Lloyd Georges. Nur mit Mühe konnte aus der aufs neue verworrenen Lage ein Ausweg, der in Wirklichkeit aber nur neue Verwirrung bringen muß, gefunden werden.

In folgendem geben wir den ausführlichen Bericht unseres Genueser Berichterstatters über die neue Verwirrung auf der Konferenz wieder.

Der unheilvolle Einfluß Poincarés.

Barthous Abmachungen nicht anerkannt. Frankreich verzögert dem Memorandum an Rußland die Unterschrift.

Genoa, 2. Mai. (Wg. Drahtbericht.)

Barthou ist heute vormittag nach Paris abgereist. Seine Anwesenheit in Genua ist anfänglich auf noch 2 Tage berechnet gewesen und hat sich inzwischen auf die ganze Zeit ausgedehnt. Schon hierin liegt Anlaß zu den verschiedensten Vermutungen, wenn nicht ohnehin Anzeichen vorhanden wären, daß auf schwere Auseinandersetzungen zwischen Barthou und seinem Auftraggeber folgern lassen. Selbst französische Delegierte, die noch vor zwei Tagen der Meise ihres Chefs, wenn auch nicht optimistisch, so doch zuversichtlich entgegenzusehen, betrachten jetzt die Situation äußerst kritisch und hegen an seine Rückkehr einigen Zweifel. Man ist der Auffassung, daß sich der französische Delegationsführer wegen seiner Haltung in Genua gegen scharfe Angriffe zu wehren haben wird, insbesondere, als man wiederum auch mit dem zweiten Teil des Memorandums, besonders mit dem § 6, der die Frage des Privateigentums behandelt, unzufrieden ist, trotzdem das ganze Memorandum französischen Geist atmet. Barthou hat auch in seinen letzten Punkten gegen seine Instruktionen gehandelt.

Am Nachmittag traten die Alliierten zusammen. Alles war in bester Ordnung. Man hatte sich tags zuvor bekanntlich über den Inhalt des Memorandums geeinigt und beabsichtigte heute ebenfalls nur noch die Unterzeichnung vorzunehmen, als der Vertreter Barthous, der französische Gesandte in Rom sich weigerte, seine Unterschrift zu geben.

Da der Inhalt des Memorandums, trotzdem er mit Barthou vereinbart war, nicht mit der französischen Auffassung übereinstimmt. Man geht nicht fehl, dieses sonderbare Auftreten, das den Abbruch der Sitzung zur Folge hatte, auf den Befehl Poincarés zurückzuführen. Die englische und die italienische Delegation sind über dieses Verhalten der Franzosen äußerst aufgebracht, sehen aber sofort alle Hebel in Bewegung, um die notwendige Klärung zu schaffen. Gegen 8 1/2 Uhr abends traten die Alliierten nach einer vorhergehenden informatorischen Besprechung zu neuen Beratungen zusammen. Man einigte sich schließlich dahin, das Memorandum mit einem Zusatz und einem Vorbehalt heute noch an die Russen abzugeben. Dieser Vorbehalt gibt der französischen Regierung das Recht, gegen das Memorandum Einspruch zu erheben und die Unterschrift zurückzugeben. Damit ist der Konflikt verschärft, aber nicht aus der Welt geschafft.

Über die Haltung der Russen zu dem Memorandum verläuft jetzt nur wenig. Man ist sich in der russischen Delegation einzig darin, daß die Bedingungen auf harten Widerpruch Moskaus stoßen werden. Das Hauptstücken der Sowjetregierung ist jetzt das der Anerkennung. Für die Anerkennung ist auch Tschitschewin bereit, nur eine große Opfer zu leisten. In gewissem Sinne dünkt man das Memorandum selbst als eine verfehlerte Anerkennung auslegen. Eine solche Anerkennung genügt aber der russischen Delegation nach ungenügenden Informationen nicht. Jedenfalls zeigt die Tatsache, daß die russische Delegation Zurückhaltung zeigt, obwohl ihr der Text des Memorandums bekannt ist, daß eine Ablehnung hies oder Kopf nicht in Frage kommt.

Sollte das Memorandum abgelehnt werden, so sind nach Aussage Lloyd Georges auf absehbare Zeit mit der gegenwärtigen russischen Regierung keine Verhandlungen mehr möglich. Was Barthous Auffassung anlangt, so äußerte er, daß bei einer Ablehnung des Memorandums es keinen Sinn mehr hat, über einen Burgfrieden weiter zu verhandeln.

Von französischer und englischer Seite wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Memorandum die äußerste Forderung der Alliierten sei und ein weiteres Nachgeben gänzlich ausgeschlossen ist.

Heute Ministerrat in Paris.

Barthous Berichterstattung.

II. Paris, 3. Mai.

Barthou wird heute vormittag in Paris eintreffen. Für 2 Uhr ist ein Ministerrat einberufen, um die Mitteilungen Barthous entgegenzunehmen. Es wird angenommen, daß Barthou erst am Sonnabend oder Montag wieder in Genua eintreffen wird, falls die Antwort der Sowjetdelegation auf das Memorandum erst am Sonntag erfolgt.

Die „Liberte“ meint, Barthou bringe nach Paris Vorschläge Lloyd Georges, die einem Ultimatum gleichen. Wenn wir dem englischen Premier nicht bis zum Ende seiner russischen Politik folgen, legt das Blatt, so wird er einen Sondervertrag mit Sowjetrußland schließen, und wenn wir keinen Vorschlag, vor dem 31. Mai nach San Remo zu gehen, ablehnen, so wird er diese Regierung als einen Bruch betrachten. Diese drohende Haltung habe Barthou dazu bewogen, den Protest Belgiens nicht zu unterstützen. Wenn wir unsere letzten Freunde verlassen, werden wir ganz isoliert sein. Wenn wir Lloyd George nicht Widerstand leisten, wird er uns dazu bringen, seine Pläne anzunehmen, die die Abrüstung und den Verzicht auf Reparationen bedeuten.

Alarmstimmung!

II. Paris, 3. Mai.

Die Aussichten für Barthous Versuche, das Kabinett für die von ihm empfohlene entgegenkommende Haltung zu gewinnen, wurden gestern, soweit man feststellen konnte, durchweg ungünstig beurteilt. Man rechnet sehr ernstlich mit der Möglichkeit, daß die Einigung zwischen Barthou und Poincaré nicht zustande kommt und daß Barthou auf die Rückkehr nach Genua verzichten werde. Dieser Stimmungsumschwung ist hauptsächlich durch Barthous Zustimmung zu der von Belgien abgelehnten Stelle der Denkschrift für die Russen zu erklären.

Lloyd George über das russische Problem.

II. Genua, 3. Mai.

Lloyd George ließ gestern durch seinen Privatsekretär den Pressevertretern keine Befriedigung über das Fortschreiten der Verhandlungen über die Bildung des internationalen Konsortiums aussprechen, dessen Mittel bestimmt sind; den unvermögenden Ländern zu Hilfe zu kommen. Auf das Memorandum an die Russen eingehend ließ Lloyd George mitteilen, es sei besonders bedauerlich, daß hier zum ersten Male die europäischen Mächte Rußland ein präzises Angebot gemacht hätten. Das Memorandum stelle kein Ultimatum dar; es stelle aber gleichzeitig ein äußerstes Minimum fest, das man Rußland gewähren möchte. Bessere Bedingungen hätte Rußland nicht erwarten können. Sollten die Russen ablehnen, so sei es wahrscheinlich, daß die englischen Kaufleute, wie auch die Kaufleute der ganzen Welt zunächst feinstehtl. Verzagen in Rußland setzen könnten. Natürlich sei damit zunächst die prinzipielle Annahme des Memorandums gemeint, daß die einzelnen Artikel später diskutiert werden könnten. Lloyd George glaube, es sei nicht möglich die Diskussion dieses Memorandums etwa einer neuen Konferenz zu unterbreiten. Sollte Genua mißlingen, so würde es schwierig sein, rechtzeitig vor dem Annäheren der kommenden Lage Mittel-Europas und Rußlands eine neue Konferenz einzuberufen.

Auf Zwischenfragen erklärte der Privatsekretär Lloyd Georges, dieser habe für seinen Optimismus bezüglich des Gelingen der Konferenz keinen anderen Grund als die Hoffnung, daß Rußland vernünftig sein werde. Lloyd George habe keine offizielle Antwort bezüglich der Einberufung der Konferenz der Signatarmächte von Versailles empfangen, doch sei er von Poincarés Standpunkt informiert worden, die Konferenz bis nach dem 31. Mai zu vertagen. Lloyd George bestreite aber darauf, die Einberufung früher zustande zu bringen, da, wenn erst einmal die Delegierten heimgekehrt seien, auch eine neue Einberufung schwierig sei. Bezüglich des Friedenspatentes lägen noch keine offiziellen Meinungen vor. Man sammle augenblicklich die Meinungen der einzelnen Staaten. Gewisse veröffentlichte Entwürfe entsprächen daher nicht der Wahrheit.

Tschitschewin

verlangt zwei Milliarden Dollar Vorschuß.

II. Genua, 3. Mai.

Tschitschewin erklärte gegenüber einem Vertreter der Reuters-Agentur, daß die Russen das Memorandum, was die kritischen Fragen betrifft, als unbestimmt ansehen und daher bindende Verpflichtungen verlangen. Die russische Regierung wüßte einen Vorschlag zu erhalten. Tschitschewin erklärte, daß eine Summe von zwei Milliarden Dollar nötig wäre. In einer Unterredung

